Resolution: Finanzsituation im Bezirk Mittelfranken

Die drohende Erhöhung der Bezirksumlage erstickt die kommunale Handlungsfähigkeit – kurzfristig kann nur die Länderebene helfen

Der Freistaat Bayern muss die Finanzaufwendungen für die Bezirke in diesem Jahr deutlich anheben. Nur dann können diese Ihre Pflichtaufgaben im Sozialbereich als Träger der überörtlichen Sozialhilfe wahrnehmen, ohne die Umlagezahler zu sehr zu belasten und damit entscheidende Aktivitäten der kommunalen Ebenen zu ersticken.

Neben dieser kurzfristigen Finanzhilfe sind auch mittelfristige und langfristige Maßnahmen notwendig. Deswegen fordern wir vom Land Bayern kurzfristige Maßnahmen und fordern Bund, Land und Bezirk auf, mittelfristige und langfristige Maßnahmen einzuleiten.

A. Ausgangslage in Mittelfranken und Situation 2011

Als **übergeordneter Träger der Sozialhilfe** ist der Bezirk Mittelfranken zuständig für die gesetzlich vorgeschriebene Finanzierung v.a. der Eingliederungshilfe, der Sozialhilfe und der Hilfe zur Pflege. Pro Jahr sind das im Sozialhaushalt 500 Mio. Euro mit steigender Tendenz.

Die dafür nötigen Gelder erhält der Bezirk über den **Finanzausgleich** durch das Land Bayern (FAG-Mittel) – die fehlenden Mittel werden über die **Bezirksumlage** bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen erhoben. Der Bezirk selbst darf per Gesetz keine Schulden machen.

Die Steigerung der zugewiesenen FAG Mittel entsprach in den letzten Jahren nicht mehr der Steigerung der Sozialkosten. Außerdem hinkt die Umlagekraft der Städte und Landkreise immer der aktuellen Wirtschaftslage um zwei Jahre nach.

Deswegen geht 2011 eine Schere auf, aus der sich der Bezirk Mittelfranken und die Kommunen nicht ohne äußere Hilfe befreien können.

- **Mehrbedarf des Sozialhaushaltes im Bezirk 78 Mio. €**
- **Weniger Umlagekraft durch schlechte Wirtschaftslage**

Nach Meinung aller Parteien im Bezirkstag muss deswegen das **Land Bayern den Finanzausgleich erhöhen**.

Der Bezirk Mittelfranken finanziert auch freiwillige Leistungen im Sozialbereich in sechsstelliger Höhe. Ein **Streichen aller freiwilligen Leistungen** würde den Umlagezahler **kaum entlasten**, aber der Kollateralschaden wäre erheblich, weil die Folgekosten dieser fehlenden Hilfen deutlich höher wären. Denn bei den freiwilligen Leistungen handelt es sich um kleine Hilfen, die Großes bewirken und vor allem präventiv wirken wie z.B. ambulanter Krisendienst, Drogenhilfe mudra, etc.

B. Mittelfristige Finanzierungsvorschläge

I. Finanzierung über Anwendung des Konnexitätsprinzips: „wer anschafft, zahlt“

In der Vergangenheit wurden von Land und Bund zahlreiche Gesetze verabschiedet, deren finanzielle Folgen die Kommunen tragen müssen. Nach dem Konnexitätsprinzip muss aber die Ebene, die neue Gesetze macht, auch die finanziellen Folgen übernehmen. Diese Forderungen ist über die Fraktionen im Bezirkstag Konsens, wir fordern die grüne Fraktion im Landtag und Bundestag auf, hier die entsprechenden Schritte einzuleiten.

II. Finanzausgleich des Landes Bayern dynamisieren

1. Anstieg entsprechend der Steigerung der Sozialkosten

Durch demographische Entwicklung und neue Gesetze stiegen in den letzten Jahren die Sozialausgaben, diese müssen entsprechend durch mehr Zuschuss ausgeglichen werden.

2, Antizyklische Ausschüttung FAG Mittel entsprechend der Umlagekraft der Kommunen

Wie oben beschrieben hinkt die Umlagekraft immer zwei Jahre nach, dies könnte das Land Bayern jeweils im Sinne einer Zwischenfinanzierung ausgleichen.

III. Konsolidierung der Finanzen über Effizienzsteigerung

Grüne Vorschläge zur Effizienzsteigerung und zum bedarfsgerechten Einsatz der Mittel in der Eingliederungshilfe und im Sozialbereich

Wir Grünen stehen ein für das Recht auf selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen.

1, Konsequenz ambulant vor stationär

Ambulante Versorgung steigert die Lebensqualität der Betroffenen. Langfristig kann das auch bei bedarfsgerechten Leistungen zu Kosteneinsparung führen. Grüne Anträge wurden bisher immer abgelehnt. Deswegen begrüßen wir die einstimmige Entscheidung im Sozialausschuss vom 29.9.2010, ein (vorerst noch befristetes) Heimbaumatorium durchzuführen.

2, Psychiatrische Familienpflege

Diese Art der Versorgung psychisch Kranker in Pflegefamilien haben alle Bezirke außer Mittelfranken. Die Erleichterung der Einführung in Mittelfranken auf Antrag der Grünen wurde abgelehnt.

C. Langfristige Steuerungsmöglichkeiten - Vision einer kooperativen Gesellschaft

- Sozialraumorientierung im Quartier: Leben wo ich hingehöre, Nachbarschaftshilfe, Wohngruppen, Bürgerhelfer, Wir-Raum, soziale Zuverdienstmöglichkeiten
- Strukturen schaffen, damit Sozialraum möglich wird, z.B. behindertengerechte und demenzgerechte Gemeinde
- Gesellschaftlicher Ansatz, der alle Generationen sich gesünder entwickeln lässt

Für die Arbeitsgruppe Kommunalfinanzen:

Klaus Hiemeyer, Norbert Schikora, Lydia Bauer-Hechler, Paul Brunner, Werner Schmidt, Brigitte Dittrich, Klaus Loris, Birgit Raab